

Vorlage Nr. 10/2026		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Verlängerung des 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes „Projektleitung BIWAQ“ für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik

A Problem

Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik hat seit September 2015 gemeinsam mit den Teilprojektpartnern Förderwerk Bremerhaven und Arbeitsförderungszentrum im Landes Bremen (AFZ) das Bundes-ESF-Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ in Wulsdorf-Dreibergen umgesetzt. Ziel des Programms sind die Integration von (langzeit-) arbeitslosen Erwachsenen in Beschäftigung, die Stärkung der lokalen Ökonomie und die handlungsfeldübergreifende Verbesserung der Lebensqualität im Quartier.

Bislang konnten für drei Förderperioden (2015-2018, 2019-2022 und 2023-2026) erfolgreich Fördermittel eingeworben werden. Während die ersten beiden Förderperioden in Wulsdorf umgesetzt wurden, wird das aktuelle BIWAQ-Projekt „ELAN: Erfolg und Lebensqualität durch Arbeit und Nachhaltigkeit in Lehe“ im Stadtteil Lehe durchgeführt. Die über das BIWAQ-Projekt „ELAN“ initiierten und etablierten Angebote wurde im Stadtteil Lehe bisher sehr gut angenommen und entfalten eine positive Wirkung.

Das für BIWAQ zuständige Bundesministerium Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hat Ende Juni 2025 unter anderem eine Förderrichtlinie für eine neue BIWAQ-Förderperiode „BIWAQ VI“ veröffentlicht. Der Förderzeitraum beläuft sich dabei auf Juli 2026 bis September 2028.

Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik hat am 11.09.2025 fristgerecht einen Antrag auf Fortführung des BIWAQ-Projektes „ELAN“ bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingereicht. Der Antrag befindet sich derzeit noch in der Bearbeitung durch die bewilligende Stelle.

Für die Administration und Koordinierung des BIWAQ-Projektes ist eine Projektleitung weiterhin erforderlich.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung und vorbehaltlich der Sicherstellung der Drittmittelfinanzierung die Verlängerung des 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik, befristet bis zum 30.09.2028.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die Stelle ist nahezu vollständig drittmittelfinanziert. Der verbleibende kommunale Eigenanteil beläuft sich nach Angaben des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik auf ca. 7.000 € in 2026, ca. 14.000 € in 2027 und ca. 10.000 € in 2028 und wird aus dem Budget des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik finanziert.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 26.08.2025 die Erbringung des Eigenanteils durch das Fachamt zugestimmt.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Genderaspekte sind nicht betroffen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind insofern betroffen, als dass sie eine besondere Zielgruppe des Projektes darstellen.

Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen liegen nicht vor.

Das Projekt wird im Stadtteil Lehe durchgeführt. Insofern ergibt sich eine unmittelbare Betroffenheit der Stadtteilkonferenz Lehe.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung wird in der Sitzung am 17.02.2026 beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung und vorbehaltlich der Sicherstellung der Drittmittelfinanzierung die Verlängerung des 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik, befristet bis zum 30.09.2028.

Melf Grantz
Oberbürgermeister